

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.
Eupen, 29 oktober 2021

O. PAASCH,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
A. ANTONIADIS,
De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
I. WEYKMANS,
De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media
L. KLINKENBERG,
De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2021-2022

Parlementaire stukken:	175 (2021-2022) Nr. 1	Ontwerp van decreet
	175 (2021-2022) Nr. 2	Tekst aangenomen door de plenaire vergadering
Integraal verslag:	29 oktober 2021 – Nr. 33	Bespreking en aanneming

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[C – 2021/33746]

29. OKTOBER 2021 —Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1 - Artikel 10.4.1 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen „Befugnisse des Arzt-Hygieneinspektors“ und „kann die Regierung Initiativen“ die Wortfolge „und unbeschadet der von der Förderbehörde getroffenen Maßnahmen“ eingefügt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „oder, auf seinen Antrag hin,“ durch das Wort „und“ ersetzt.

Art. 2 - Artikel 10.6 Nummer 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Februar 2017 und abgeändert durch die Dekrete vom 20. Juli 2020, vom 10. Dezember 2020 und vom 26. April 2021, wird wie folgt ersetzt:

„2. jede Person, die den in den Artikeln 10.3 und 10.6.1 erwähnten Maßnahmen sowie den aufgrund der Artikel 10.4.1 und 10.6.3 erlassenen Maßnahmen und Initiativen keine Folge leistet oder die Ausführung solcher Maßnahmen verhindert oder beeinträchtigt;“

Art. 3 - In Kapitel IIter Abschnitt 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird folgender Unterabschnitt 1, der die Artikel 10.6.1 und 10.6.2 umfasst, eingefügt:

„Unterabschnitt 1 – Allgemeine Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19)“

Art. 4 - In Kapitel IIter Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird folgender Artikel 10.6.3 eingefügt:

„Art. 10.6.3

§ 1 – Unbeschadet der von der Förderbehörde getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) und unbeschadet der Maßnahmen, die der Arzt-Hygieneinspektor aufgrund von Artikel 10.3 auferlegen kann, und der in Artikel 10.4 erwähnten Befugnisse des Arzt-Hygieneinspektors kann die Regierung die notwendigen Maßnahmen individueller und allgemeiner Art zur Bekämpfung und Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) ergreifen und die dafür notwendigen Bedingungen und Modalitäten festlegen. Sie kann insbesondere:

1. den Zugang zu den von ihr festgelegten Orten oder öffentlichen Orten verbieten oder nur unter den von ihr festgelegten Bedingungen gestatten;

2. Ausgangsbeschränkungen im öffentlichen Raum oder Kontaktbeschränkungen im privaten sowie im öffentlichen Raum auferlegen;

3. ein Abstandsgebot im öffentlichen Raum auferlegen;

4. das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung auferlegen;

5. den Betrieb von Kultur-, Freizeit- und Vergnügungseinrichtungen einschränken oder untersagen;

6. Veranstaltungen im Freizeit- und Kulturbereich einschränken oder untersagen;

7. die Ausübung sportlicher Tätigkeiten sowohl in öffentlichen als auch in privaten

Sportinfrastrukturen einschränken oder verbieten;

8. Personengemeinschaften im Sinne von Artikel 10.7 Nummer 5 schließen oder ihnen Auflagen für die Fortführung ihres Betriebs auferlegen;

9. Betriebe, Einrichtungen oder Angebote mit Publikumsverkehr zur Erstellung und Anwendung von Hygienekonzepten verpflichten;

10. stationären Angeboten und Einrichtungen die Schaffung und Nutzung von Isolierstationen auferlegen;

11. den Betrieb von touristischen Unterkünften einschränken oder untersagen;

12. die Tätigkeit einzelner oder von der Regierung definierten Betrieben und Einrichtungen unter Auflagen erlauben, einschränken oder untersagen;
13. Auflagen für das Abhalten von Veranstaltungen auferlegen oder diese verbieten;
14. religiöse Zusammenkünfte einschränken oder untersagen.

Die in Absatz 1 aufgeführten Maßnahmen können nur dann ergriffen werden, wenn die Regierung anhand der nachfolgenden Indikatoren feststellt, dass auf Ebene des gesamten deutschen Sprachgebiets oder auf Ebene einer oder mehrerer Gemeinden eine besorgniserregende epidemiologische Situation vorherrscht. Falls nicht im vorliegenden Dekret formuliert, muss jeder betreffende Ausführungserlass einen Schwellenwert für jeden Indikator definieren. Die Maßnahmen greifen nur, wenn dieser Indikator überschritten ist und müssen wieder aufgehoben werden, wenn die Werte unter den Schwellenwert fallen:

1. der Inzidenzwert an Neuinfektionen mit dem Coronavirus (COVID-19) pro 100.000 Einwohner über sieben und über 14 Tage, wobei dieser Wert mindestens die Schwelle von 35 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen überschritten haben muss;
2. der Anteil positiver Testergebnisse;
3. die Ansteckungsfähigkeit der zirkulierenden Varianten unter Berücksichtigung ihrer relativen Bedeutung und wahrscheinlichen Entwicklung;
4. die Durchimpfungsrate, insbesondere bei Risikogruppen wie vom hohen Gesundheitsrat definiert;
5. Rate und Geschwindigkeit der Belegung von Krankenhausbetten mit Patienten, die wegen einer Infektion mit dem Coronavirus (COVID-19) behandelt werden. Dabei wird die Lage anhand von folgenden Unterindikatoren genauer ermittelt: Belegung der Krankenhausbetten und Intensivbetten.

Die in Absatz 1 aufgeführten Maßnahmen können je nach Ergebnis der aufgrund von Absatz 2 durchgeführten Feststellung für das gesamte deutsche Sprachgebiet oder für einzelne Gemeinden des deutschen Sprachgebiets ergriffen werden.

Die aufgrund von Absatz 1 gefassten Erlasse:

1. sind auf die für die Bekämpfung und Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) notwendige Dauer beschränkt. Zu diesem Zweck legt die Regierung für jede Maßnahme, abhängig von der Infektionslage, das Datum des Außerkrafttretens fest;
2. umfassen nicht die Auferlegung einer verpflichteten medizinischen Behandlung;
3. werden dem Präsidenten des Parlaments unmittelbar nach ihrer Verabschiedung übermittelt.

§ 2 – Der Arzt-Hygieneinspektor und der zuständige Bürgermeister sind damit beauftragt, die Einhaltung der aufgrund von § 1 ergriffenen Maßnahmen zu überprüfen und verfügen zu diesem Zweck über die in Artikel 10.4 § 1 aufgeführten Befugnisse.“

Art. 5 - In Kapitel IIter Abschnitt 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. April 2021, wird folgender Unterabschnitt 2, der die Artikel 10.6.4 bis 10.6.11 umfasst, eingefügt:

„Unterabschnitt 2 – Anwendung des COVID Safe Tickets auf dem deutschen Sprachgebiet“

Art. 6 - In Kapitel IIter Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Dekrets wird folgender Artikel 10.6.4 eingefügt:

„Art. 10.6.4

Für die Anwendung des vorliegenden Unterabschnitts versteht man unter:

1. **Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2021:** das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben;
2. **Massenveranstaltungen:** Veranstaltungen einer bestimmten Größe in Innenräumen für mindestens 50 Personen oder im Freien für mindestens 200 Personen, Mitarbeiter und Organisatoren nicht mitgerechnet, die die Bedingungen des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 einhalten. Die Anzahl der Personen wird anhand der aufgrund persönlicher Einladungen anwesenden Gäste oder, in Ermangelung, anhand der Kapazität des betreffenden Veranstaltungsortes oder der Zahl der tatsächlich anwesenden Personen bestimmt. Eine von den zuständigen Behörden genehmigte Demonstration wird nicht als Massenveranstaltung angesehen;
3. **Test- und Pilotprojekte:** Aktivitäten mit einem gewissen Maß an Risiko, die in Innenräumen für mindestens 50 Personen oder im Freien für mindestens 200 Personen, Mitarbeiter und Organisatoren nicht mitgerechnet, organisiert werden, die von den Regeln über verwaltungspolizeiliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) abweichen, die zur Umsetzung von Modalitäten und Protokollen beitragen und die ein durch Hochschulen, Universitäten oder wissenschaftliche Einrichtungen betreutes Experiment zu Forschungszwecken darstellen, mit dem zusätzliche Kenntnisse über Sicherheitsmodalitäten und Ansteckungsrisiken bei einer ähnlichen Aktivität erworben werden sollen, und bei der der Zugang auf der Grundlage eines COVID Safe Tickets oder von zusätzlichen Maßnahmen kontrolliert wird. Die Anzahl der Personen richtet sich nach der Kapazität des betreffenden Ortes oder nach der Anzahl der tatsächlich eingeladenen oder anwesenden Personen;
4. **Gaststätten:** alle der Öffentlichkeit zugänglichen Orte oder Räumlichkeiten, unabhängig von den Zugangsbedingungen, deren hauptsächliche und ständige Tätigkeit in der Zubereitung und/oder dem Anbieten von Speisen und/oder Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle, besteht, insbesondere Speise- und Getränkebetriebe, mit Ausnahme von sozialen Restaurants und der Lebensmittelhilfe sowie Einrichtungen, in denen das Bedienungspersonal sich auf eine Person beschränkt;
5. **Besucher:** Besucher über zwölf Jahre in Einrichtungen für die stationäre Betreuung schutzbedürftiger Personen und Besucher über 16 Jahre bei Veranstaltungen oder Einrichtungen. Nicht zu den Besuchern zählen der Organisator, der Leiter, das Personal, die Selbständigen oder die Freiwilligen sowie alle Personen, die (i) sich selbst für die Betreuung anbieten, (ii) an der Betreuung teilnehmen oder daran beteiligt sind und von diesem Standpunkt der Leitung oder Organisation dieser Einrichtungen bekannt sein können oder (iii) die aufgrund eines Dienstleistungs- oder Betreuungsbedarfs Zugang zu der Einrichtung benötigen, soweit diese Personen der Einrichtung bekannt sind, sowie (iv) Angehörige, die sich in Einrichtungen für schutzbedürftige Personen begeben, um dort aufgrund der Einschätzung des Koordinations-, Referenz- oder behandelnden Arztes sterbende Personen, Palliativpatienten oder Personen mit „sliding Syndrom“ zu besuchen, und die der Einrichtung bekannt sind;

6. Begleitperson: die Person, die eine schutzbedürftige oder kranke Person in eine Einrichtung für die stationäre Betreuung schutzbedürftiger Personen für die Dauer der Pflege begleitet;

7. Organisator: der Organisator einer Veranstaltung oder der Leiter einer Einrichtung;

8. Schulgruppe: eine Gruppe von Besuchern, die dieselbe Schule besuchen, und die sie begleitenden Personen, die gemeinsam eine Veranstaltung oder Einrichtung im Rahmen einer von der Schule organisierten Aktivität im Rahmen des Unterrichts besuchen;

9. Teilnehmer: jede Person über zwölf Jahre, die nicht zu einer der unter den Nummern 5 bis 8 erwähnten Personenkategorien gehört und an einer Veranstaltung teilnimmt oder sich in einer Einrichtung aufhält;

10. Risk Assessment Group: das in Artikel 7 § 1 der Protokollvereinbarung vom 5. November 2018 zwischen der Föderalregierung und den in den Artikeln 128, 130 und 135 der Verfassung genannten Behörden zur Festlegung der allgemeinen Strukturen für das sektorale Gesundheitsmanagement bei Krisen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und ihrer Arbeitsweise zur Anwendung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) und des Beschlusses Nr. 1082/2013/EU über schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen erwähnte Organ.

Unbeschadet des Absatzes 1 gelten für die Anwendung des vorliegenden Unterabschnitts die Begriffsbestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021.“

Art. 7 - In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 10.6.5 eingefügt:

„Art. 10.6.5

§ 1 – Vorliegender Unterabschnitt legt die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten fest, die für die Erstellung des COVID Safe Tickets auf der Grundlage des digitalen EU-COVID-Zertifikats erforderlich sind.

Er legt die Bedingungen für die Ausweitung des materiellen, räumlichen und zeitlichen Geltungsbereichs des COVID Safe Tickets auf dem deutschen Sprachgebiet fest.

§ 2 – Die Anwendung des COVID Safe Tickets auf dem deutschen Sprachgebiet verfolgt das Ziel, die Verbreitung des Coronavirus (COVID-19) in der Bevölkerung zu begrenzen, um eine Überlastung des Gesundheitswesens und gleichzeitig weitere Schließungen bestimmter Sektoren zu vermeiden.

§ 3 – Die Verwendung des COVID Safe Tickets darf nur Inhabern eines digitalen EU-COVID-Zertifikats ab zwölf Jahren gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Unterabschnitts und des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 gestattet werden, um den Zugang zu den betreffenden Veranstaltungen und Einrichtungen zu regeln, wobei die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen und Hygienemaßnahmen bei diesen Veranstaltungen und Einrichtungen zu berücksichtigen sind.

Die Nutzung des COVID Safe Tickets darf nicht dazu dienen, Personen unter zwölf Jahren bzw. unter 16 Jahren den Zugang zu der jeweiligen Veranstaltung oder Einrichtung zu verwehren.

§ 4 – Der im Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2021 vorgesehene Rechtsrahmen ist anwendbar auf die Verwendung des COVID Safe Tickets.“

Art. 8 - In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 10.6.6 eingefügt:

„Art. 10.6.6

§ 1 – Die Regierung kann in Anwendung der Artikel 13*bis* und 13*ter* des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 für nachfolgend definierte Einrichtungen, Veranstaltungen und Projekte auf dem deutschen Sprachgebiet die Nutzung des COVID Safe Tickets ermöglichen oder auferlegen:

1. Massenveranstaltungen;
2. Test- und Pilotprojekte;
3. Gaststätten;
4. Diskotheken und Tanzlokale;
5. Sport- und Fitnesszentren;
6. Messen und Kongresse;
7. Einrichtungen des Kultur-, Fest- und Freizeitsektors;
8. Einrichtungen für die stationäre Betreuung schutzbedürftiger Personen.

Die auferlegte Nutzung des COVID Safe Tickets hat zur Folge, dass der Organisator dem Besucher nur dann Zutritt zur Veranstaltung oder Einrichtung gewähren kann, wenn er dessen COVID Safe Ticket gemäß den Artikeln 12, 13 und 14 § 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 überprüft hat.

Die ermöglichte Nutzung des COVID Safe Tickets hat zur Folge, dass der Organisator dazu ermächtigt ist, dem Besucher nur dann Zutritt zur Veranstaltung oder Einrichtung zu gewähren, wenn er dessen COVID Safe Ticket gemäß den Artikeln 12, 13 und 14 § 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 überprüft hat.

In Abweichung von den Absätzen 2 und 3 ist für den Zugang von Mitgliedern einer Schulgruppe zu Veranstaltungen und Einrichtungen im Rahmen schulischer Aktivitäten kein COVID Safe Ticket erforderlich, sofern die im Unterrichtswesen geltenden Schutzvorschriften während dieser Aktivität angewandt werden und die Mitglieder der Schulgruppe eine Maske oder eine Alternative aus Stoff tragen.

Ebenso ist für den Zugang zu einer Veranstaltung oder Einrichtung zum Zwecke der Erfüllung einer gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Verpflichtung kein COVID Safe Ticket erforderlich, sofern die betreffenden Personen eine Maske oder eine Alternative aus Stoff tragen und individuelle Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Der Organisator hat dafür zu sorgen, dass Maßnahmen getroffen werden, um die mit der Anwesenheit einer solchen Personengruppe in der Einrichtung oder bei der Veranstaltung verbundenen Risiken zu verringern.

§ 2 – Der Organisator ist verpflichtet, die Besucher vorab über die Verwendung des COVID Safe Tickets zu informieren.

§ 3 – Die Regierung verpflichtet sich:

1. auf der Webseite <https://ostbelgiencorona.be> eine FAQ einzurichten und diese regelmäßig mit wiederkehrenden Fragen und Auskünften sowie aktuellen Beschlüssen zu aktualisieren;
2. die Corona-Hotline mit entsprechenden finanziellen, informativen, kommunikativen und personellen Ressourcen auszustatten, um ebenfalls angemessen auf Fragen und Auskünfte zur CST-Anwendung reagieren zu können.“

Art. 9 - In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 10.6.7 eingefügt:

„Art. 10.6.7

Die Regierung kann die Nutzung des COVID Safe Tickets nur dann ermöglichen oder auferlegen, wenn:

1. sie gemäß Artikel 10.6.3 § 1 Absatz 2 festgestellt hat, dass eine besorgniserregende epidemiologische Situation vorliegt, und

2. die epidemiologische Situation im deutschen Sprachgebiet durch die Risk Assessment Group innerhalb von fünf Arbeitstagen beurteilt wurde.

Die Regierung bestimmt die Anwendungsdauer des COVID Safe Tickets, die drei Monate nicht überschreiten darf. Jede Maßnahme, die für länger als einen Monat verabschiedet wird, wird monatlich auf Basis der in Absatz 1 genannten Bedingungen von der Regierung evaluiert und dem Parlament mitgeteilt. Sobald die in Absatz 1 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt sind, sind die auf dieser Basis getroffenen Maßnahmen aufzuheben.“

Art. 10 - In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 10.6.8 eingefügt:

„Art. 10.6.8

Die aufgrund von Artikel 10.6.6 gefassten Erlasse sowie die entsprechenden Einschätzungen der Risk Assessment Group werden dem Präsidenten des Parlaments unmittelbar nach ihrer Verabschiedung übermittelt.“

Art. 11 - In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 10.6.9 eingefügt:

„Art. 10.6.9

§ 1 – Der Arzt-Hygieneinspektor und der zuständige Bürgermeister sind damit beauftragt, die Einhaltung der aufgrund der Artikel 10.6.6 und 10.6.7 ergriffenen Maßnahmen zu überprüfen und verfügen zu diesem Zweck über die in Artikel 10.4 § 1 aufgeführten Befugnisse.

§ 2 – Unbeschadet der vom Bürgermeister in Anwendung des Neuen Gemeindegesetzes vom 24. Juni 1988 verhängten Maßnahmen und der im Strafgesetzbuch oder anderen besonderen Gesetzen vorgesehenen Strafen wird ein Besucher oder Teilnehmer, der gegen die Bestimmungen der Artikel 10.6.6 und 10.6.7 oder deren Durchführungsbestimmungen verstößt, mit einer Geldstrafe zwischen 25 Euro und 200 Euro belegt.

Unbeschadet der vom Bürgermeister in Anwendung des Neuen Gemeindegesetzes vom 24. Juni 1988 verhängten Maßnahmen und der im Strafgesetzbuch oder anderen besonderen Gesetzen vorgesehenen Strafen wird der Veranstalter, der gegen die Bestimmungen der Artikel 10.6.6 und 10.6.7 oder deren Durchführungsbestimmungen verstößt, mit einer Geldstrafe zwischen 50 Euro und 2.500 Euro belegt.“

Art. 12 - In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 10.6.10 eingefügt:

„Art. 10.6.10

Unbeschadet der in Artikel 13bis § 4 und § 5 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 festgelegten Modalitäten ist der Bürgermeister, der die Einführung der dort erwähnten Maßnahmen plant, verpflichtet, vor der Einführung lokaler Maßnahmen in Anwendung der Artikel 13bis § 3 und 13ter § 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 die Genehmigung der Regierung einzuholen.“

Art. 13 - In denselben Unterabschnitt wird folgender Artikel 10.6.11 eingefügt:

„Art. 10.6.11

Unbeschadet der von der Föderalbehörde in Anwendung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 aufgelegten Maßnahmen tritt vorliegender Unterabschnitt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Die etwaige Verwendung des COVID Safe Tickets in Anwendung des vorliegenden Unterabschnitts wird von Rechts wegen beendet, wenn gemäß Artikel 3 § 1 des Gesetzes vom 14. August 2021 über verwaltungspolizeiliche Maßnahmen in einer epidemischen Notsituation die epidemische Notsituation ausgerufen wird.

In jedem Fall endet die etwaige Nutzung des COVID Safe Tickets in Anwendung dieses Unterabschnitts am 1. Juli 2022.“

Art. 14 - Vorliegendes Dekret tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 29. Oktober 2021

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, aumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2021-2022

Nummerierte Dokumente:	168 (2021-2022) Nr. 1	Dekretentwurf
	168 (2021-2022) Nr. 2	Abänderungsvorschläge
	168 (2021-2022) Nr. 3	Bericht
	168 (2021-2022) Nr. 4	Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text
	168 (2021-2022) Nr. 5	Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text
Ausführlicher Bericht:	29. Oktober 2021 – Nr. 33	Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[C – 2021/33746]

29 OCTOBRE 2021. — Décret portant modification du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. À l'article 10.4.1 du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, inséré par le décret du 10 décembre 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « et des compétences du médecin-inspecteur mentionnées à l'article 10.4 » sont remplacés par les mots « , des compétences du médecin-inspecteur mentionnées à l'article 10.4 et des mesures prises par le Gouvernement fédéral »;

2° dans l'alinéa les mots « ou, à sa demande, » sont remplacés par le mot « et ».

Art. 2. À l'article 10.6 du même décret, inséré par le décret du 20 février 2017 et modifié par les décrets des 20 juillet 2020, 10 décembre 2020 et 26 avril 2021, le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° quiconque ne donne pas suite aux mesures mentionnées aux articles 10.3 et 10.6.1 ainsi qu'aux mesures initiées en vertu des articles 10.4.1 et 10.6.3 ou qui empêche ou entrave leur exécution; ».

Art. 3. Dans le chapitre IIter, section 2, du même décret, insérée par le décret du 26 avril 2021, il est inséré une sous-section 1^{re}, comportant les articles 10.6.1 et 10.6.2, intitulée comme suit :

« Sous-section 1^{re} – Mesures générales visant à lutter contre la propagation du coronavirus (COVID-19) ».

Art. 4. Dans le chapitre IIter, section 2, insérée par le décret du 26 avril 2021, il est inséré dans la sous-section 1^{re} un article 10.6.3 rédigé comme suit :

« Art. 10.6.3

§ 1^{er} – Sans préjudice des mesures prises par le Gouvernement fédéral visant à enrayer la propagation du coronavirus (COVID-19), des mesures que peut imposer le médecin-inspecteur d'hygiène conformément à l'article 10.3 et des compétences du médecin-inspecteur mentionnées à l'article 10.4, le Gouvernement peut prendre les mesures nécessaires, de portée générale et individuelle, en vue de lutter contre la propagation du coronavirus (COVID-19) ainsi que fixer, à cet effet, les conditions et modalités nécessaires. Il peut notamment :

1° interdire l'accès à des lieux spécifiques qu'il détermine ou à des lieux publics ou n'en permettre l'accès qu'aux conditions fixées par lui;

2° imposer des limitations de sortie dans l'espace public ou de contact dans les espaces privé et public;

3° imposer une distanciation minimale dans l'espace public;

4° imposer le port d'un masque couvrant la bouche et le nez;

5° limiter ou interdire le fonctionnement d'établissements culturels, de loisirs ou de divertissement;

6° limiter ou interdire des manifestations de loisirs ou culturelles;

7° limiter ou interdire la pratique d'activités sportives dans les infrastructures tant publiques que privées;

8° fermer les collectivités au sens de l'article 10.7, 5°, ou leur imposer des conditions pour la poursuite de leur fonctionnement;

9° obliger des entreprises, établissements ou offres où circule du public à formuler et appliquer des concepts en matière d'hygiène;

10° imposer à des offres et établissements résidentiels la création et l'utilisation d'unités d'isolement;

11° limiter ou interdire le fonctionnement d'hébergements touristiques;

12° conditionner, limiter ou interdire l'activité d'entreprises et établissements distincts ou définis par le Gouvernement;

13° imposer des conditions à la tenue de manifestations ou interdire celles-ci;

14° limiter ou interdire les rassemblements religieux.

Les mesures énumérées à l'alinéa 1^{er} ne peuvent être mises en place que si le Gouvernement constate que la situation épidémiologique est préoccupante sur l'ensemble du territoire de la région de langue allemande ou dans une ou plusieurs communes, et ce, à l'aide des indicateurs suivants. Si ce n'est pas formulé dans le présent décret, chaque arrêté d'exécution doit définir un seuil pour chaque indicateur. Les mesures ne s'appliquent que si cet indicateur est dépassé et seront abrogées dès que les valeurs seront inférieures au seuil :

1° le taux d'incidence des nouvelles infections au coronavirus (COVID-19) par 100 000 habitants sur sept et quatorze jours, ce taux devant franchir au moins le seuil de 35 nouvelles infections par 100 000 habitants sur une période de sept jours;

2° le taux de positivité aux tests;

3° la contagiosité des variants circulants, compte tenu de leur importance relative et leur évolution probable;

4° le taux de vaccination, notamment auprès des groupes à risque, tels que définis par le Conseil supérieur de la santé;

5° le taux et la vitesse de remplissage des lits hospitaliers occupés par des patients traités pour une infection au coronavirus (COVID-19), la situation étant déterminée précisément au moyen des sous-indicateurs suivants : remplissage des lits hospitaliers et des lits en soins intensifs.

Selon les résultats des constatations établies en vertu de l'alinéa 2, les mesures énumérées à l'alinéa 1^{er} peuvent être mises en place sur l'ensemble du territoire de la région de langue allemande ou dans l'une des communes de celle-ci.

Les arrêtés adoptés en vertu de l'alinéa 1^{er} :

1° sont limités à la durée nécessaire pour combattre le coronavirus (COVID-19) et empêcher sa propagation. À cette fin, le Gouvernement fixe pour chaque mesure, indépendamment de la situation épidémiologique, la date d'entrée en vigueur;

2° ne comprennent pas l'imposition d'un traitement médical obligatoire;

3° sont transmis au Président du Parlement immédiatement après leur adoption.

§ 2 – Le médecin-inspecteur d'hygiène et le bourgmestre compétent sont chargés de contrôler le respect des mesures prises en vertu du § 1^{er} et disposent à cet effet des compétences mentionnées à l'article 10.4, § 1^{er}. »

Art. 5. Dans le chapitre IIter, section 2, du même décret, insérée par le décret du 26 avril 2021, il est inséré une sous-section 2, comportant les articles 10.6.4 et 10.6.11, intitulée comme suit :

« Sous-section 2 – Application du COVID Safe Ticket en région de langue allemande ».

Art. 6. Dans le chapitre IIter, section 2, sous-section 2, du même décret, il est inséré un article 10.6.4 rédigé comme suit :

« Art. 10.6.4

Pour l'application de la présente sous-section, il faut entendre par :

1° accord de coopération du 14 juillet 2021 : l'Accord de coopération du 14 juillet 2021 entre l'État fédéral, la Communauté flamande, la Communauté française, la Communauté germanophone, la Commission communautaire commune, la Région wallonne et la Commission communautaire française concernant le traitement des données liées au certificat COVID numérique de l'UE et au COVID Safe Ticket, le PLF et le traitement des données à caractère personnel des travailleurs salariés et des travailleurs indépendants vivant ou résidant à l'étranger qui effectuent des activités en Belgique;

2° événement de masse : les événements d'une certaine ampleur, organisés en intérieur pour un public d'au moins 50 personnes ou en extérieur pour un public d'au moins 200 personnes, collaborateurs et organisateurs non compris, qui respectent les modalités de l'accord de coopération du 14 juillet 2021. Le nombre de personnes est évalué au regard du nombre de personnes présentes sur la base d'invitations individuelles ou, à défaut, de la capacité de l'espace concerné ou du nombre de personnes réellement présentes. Une manifestation autorisée par les autorités locales compétentes n'est pas considérée comme un événement de masse;

3° expérience et projet pilote : les activités présentant un certain degré de risque, organisées en intérieur pour un public d'au moins 50 personnes ou en extérieur pour un public d'au moins 200 personnes, collaborateurs et organisateurs non compris, qui dérogent aux mesures de police administrative visant à limiter la propagation du coronavirus (COVID-19), qui contribuent à la mise en pratique de modalités et de protocoles et qui constituent une expérience à visée de recherche et encadrée par des hautes écoles, des universités ou des établissements scientifiques afin d'acquérir des connaissances supplémentaires sur les modalités de sécurité et les risques de contamination dans le cas d'une activité similaire et où l'accès sera contrôlé par un COVID Safe Ticket ou par des mesures supplémentaires. Le nombre de personnes est évalué au regard de la capacité de l'espace concerné ou du nombre de personnes réellement invitées ou présentes;

4° établissements de l'Horeca : tout lieu ou local accessible au public, quelles que soient les conditions d'accès, dont l'activité principale et permanente consiste à préparer et/ou servir des repas et/ou des boissons pour consommation sur place, notamment les débits d'aliments et de boissons, à l'exception des restaurants sociaux et des services relevant de l'aide alimentaire, ainsi que des établissements dont le personnel d'exploitation se limite à une personne;

5° visiteurs : les visiteurs âgés de 12 ans accomplis d'établissements de soins résidentiels pour personnes vulnérables et les visiteurs âgés de 16 ans accomplis d'événements ou d'établissements. Les visiteurs ne comprennent pas l'organisateur, le gestionnaire, le personnel, les travailleurs indépendants ou bénévoles ou toute personne qui (i) se propose de recevoir des soins, (ii) participe ou est impliquée dans la prestation de soins et qui, de ce point de vue, peut être identifiée par la direction ou l'organisation de ces établissements ou (iii) doit avoir accès à l'établissement en raison d'une nécessité découlant de la prestation de services ou de soins, dans la mesure où ces personnes sont connues de l'établissement, ainsi que (iv) les membres de la famille connus des établissements pour personnes vulnérables et qui, sur la base de l'évaluation établie par le médecin-coordonateur, le médecin de référence ou le médecin traitant, s'y rendent pour visiter des personnes en fin de vie, des patients en soins palliatifs ou des personnes présentant un « syndrome de glissement »;

6° accompagnant : la personne qui accompagne une personne vulnérable ou malade dans un établissement de soins résidentiels pour personnes vulnérables, le temps des soins;

7° organisateur : l'organisateur d'un événement ou le gestionnaire d'un établissement;

8° groupe scolaire : un groupe de visiteurs qui fréquentent un même établissement scolaire et les personnes qui les encadrent qui visitent ensemble un événement ou un établissement dans le cadre d'une activité organisée par l'établissement scolaire dans le cadre des activités liées à l'enseignement;

9° participant : toute personne âgée de 12 ans accomplis non comprise dans l'une des catégories de personnes mentionnées aux 5° à 8° qui participe à un événement ou est présente dans un établissement;

10° Risk Assessment Group : l'organisme mentionné à l'article 7, § 1^{er}, du protocole du 5 novembre 2018 conclu entre le Gouvernement fédéral et les autorités visées aux articles 128, 130 et 135 de la Constitution, établissant les structures génériques pour la gestion sectorielle santé des crises de santé publique et leur mode de fonctionnement pour l'application du Règlement Sanitaire International (2005), et la décision no 1082/2013/UE relative aux menaces transfrontières graves sur la santé.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les définitions de l'accord de coopération du 14 juillet 2021 s'étendent à l'application de la présente sous-section. »

Art. 7. Dans la même sous-section, il est inséré un article 10.6.5 rédigé comme suit :

« Art. 10.6.5

§ 1^{er} – La présente sous-section fixe le fondement juridique pour le traitement de données à caractère personnel, nécessaire pour la génération du COVID Safe Ticket basée sur le certificat COVID numérique de l'UE.

Elle détermine les conditions d'extension du champ d'application matériel, territorial et temporel du COVID Safe Ticket pour le territoire de la région de langue allemande.

§ 2 – L'application du COVID Safe Ticket en région de langue allemande a pour objectif de limiter la propagation du coronavirus (COVID-19) au sein de la population afin de prévenir la surcharge du système de soins de santé et, parallèlement, d'autres fermetures de certains secteurs.

§ 3 – L'utilisation du COVID Safe Ticket ne peut être permise que pour les titulaires d'un certificat COVID numérique de l'UE âgés de 12 ans et plus, dans les conditions de la présente sous-section et de l'accord de coopération du 14 juillet 2021, afin de réglementer l'accès aux événements et établissements concernés, les mesures sanitaires et organisationnelles imposées dans ces mêmes événements et établissements devant être respectées.

Cette utilisation du COVID Safe Ticket ne peut servir à refuser l'accès à l'événement ou à l'établissement aux personnes de moins de 12 ans ou de 16 ans, selon le cas.

§ 4 – Le cadre juridique prévu dans l'accord de coopération du 14 juillet 2021 s'applique à l'utilisation du COVID Safe Ticket. »

Art. 8. Dans la même sous-section, il est inséré un article 10.6.6 rédigé comme suit :

« Art. 10.6.6

§ 1^{er} – En application des articles 13bis et 13ter de l'accord de coopération du 14 juillet 2021, le Gouvernement peut permettre ou imposer l'utilisation du COVID Safe Ticket pour les établissements, événements et projets en région de langue allemande définis comme suit :

- 1° événements de masse;
- 2° expériences et projets pilote;
- 3° établissements de l'Horeca;
- 4° discothèques et dancings;
- 5° centres sportifs et centres de fitness;
- 6° foires et congrès;
- 7° établissements des secteurs culturel, festif et récréatif;
- 8° établissements de soins résidentiels pour personnes vulnérables.

L'imposition de l'utilisation du COVID Safe Ticket implique que l'organisateur ne peut octroyer l'accès à un événement ou un établissement au visiteur que s'il a vérifié le COVID Safe Ticket de ce dernier conformément aux articles 12, 13 et 14, § 3, de l'accord de coopération du 14 juillet 2021.

La possibilité d'utiliser le COVID Safe Ticket implique que l'organisateur est autorisé à n'octroyer l'accès à un événement ou un établissement au visiteur que s'il a vérifié le COVID Safe Ticket de ce dernier conformément aux articles 12, 13 et 14, § 3, de l'accord de coopération du 14 juillet 2021.

Par dérogation aux alinéas 2 et 3, l'accès des membres d'un groupe scolaire aux événements et établissements dans le cadre d'activités scolaires n'est pas soumis à l'utilisation d'un COVID Safe Ticket pour autant que les règles de protection applicables dans le cadre scolaire sont appliquées lors de cette activité et que les membres du groupe scolaire portent un masque ou toute autre alternative en tissu.

De même, l'accès à un événement ou à un établissement en vue de remplir une obligation légale ou réglementaire n'est pas soumis à l'utilisation d'un COVID Safe Ticket pour autant que les personnes concernées portent un masque ou toute autre alternative en tissu et que des mesures de protection individuelle sont adoptées.

L'organisateur doit veiller à mettre en place des mesures destinées à réduire les risques liés à la présence dans l'établissement ou l'événement d'un tel groupe de personnes.

§ 2 – L'organisateur est tenu d'informer les visiteurs de l'utilisation du COVID Safe Ticket. »

§ 3 – Le Gouvernement s'engage :

1° à reprendre une FAQ (foire aux questions) sur le site Internet <https://ostbelgiencorona.be> et à l'actualiser régulièrement avec des questions et informations récurrentes ainsi qu'avec les décisions actuelles;

2° à fournir à la ligne d'assistance (Corona-Hotline) les ressources financières, informatives, communicatives et humaines ad hoc afin qu'elle puisse également réagir à des questions et renseignements relatifs à l'application CST. »

Art. 9. Dans la même sous-section, il est inséré un article 10.6.7 rédigé comme suit :

« Art. 10.6.7

Le Gouvernement ne peut permettre ou imposer l'utilisation du COVID Safe Ticket que si :

1° conformément à l'article 10.6.3, § 1^{er}, alinéa 2, il constate que la situation épidémiologique est préoccupante et si

2° la situation épidémiologique en région de langue allemande a été évaluée pendant une période de cinq jours ouvrables par le Risk Assessment Group.

Le Gouvernement fixe la durée d'application de l'utilisation du COVID Safe Ticket, qui ne peut dépasser trois mois. Toute mesure adoptée pour plus d'un mois est évaluée mensuellement par le Gouvernement sur la base des conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er} et communiquée au Parlement. Dès que les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er} ne sont plus remplies, les mesures prises sur cette base doivent être abrogées. »

Art. 10. Dans la même sous-section, il est inséré un article 10.6.8 rédigé comme suit :

« Art. 10.6.8

Les arrêtés adoptés en vertu de l'article 10.6.6 ainsi que les évaluations correspondantes du Risk Assessment Group sont transmis au Président du Parlement immédiatement après leur adoption. »

Art. 11. Dans la même sous-section, il est inséré un article 10.6.9 rédigé comme suit :

« Art. 10.6.9

§ 1^{er} – Le médecin-inspecteur d'hygiène et le bourgmestre compétent sont chargés de contrôler le respect des mesures prises en vertu des articles 10.6.6 et 10.6.7 et disposent à cet effet des compétences mentionnées à l'article 10.4, § 1^{er}.

§ 2 – Sans préjudice des mesures imposées par le bourgmestre en application de la Nouvelle loi communale du 24 juin 1988 et des peines comminées par le Code pénal et d'autres lois particulières, est puni d'une amende de 25 à 200 euros le visiteur ou le participant qui contrevient aux dispositions des articles 10.6.6 et 10.6.7 ou de leurs dispositions d'exécution.

Sans préjudice des mesures imposées par le bourgmestre en application de la Nouvelle loi communale du 24 juin 1988 et des peines comminées par le Code pénal et d'autres lois particulières, est puni d'une amende de 50 à 2 500 euros l'organisateur qui contrevient aux dispositions des articles 10.6.6 et 10.6.7 ou de leurs dispositions d'exécution. »

Art. 12. Dans la même sous-section, il est inséré un article 10.6.10 rédigé comme suit :

« Art. 10.6.10

Sans préjudice des modalités prévues à l'article 13bis, §§ 4 et 5, de l'accord de coopération du 14 juillet 2021, le bourgmestre qui envisage de mettre en œuvre les mesures y mentionnées est tenu de solliciter l'accord du Gouvernement avant de promulguer des mesures locales en application des articles 13bis, § 3, et 13ter, § 3, de l'accord de coopération du 14 juillet 2021. »

Art. 13. Dans la même sous-section, il est inséré un article 10.6.11 rédigé comme suit :

« Art. 10.6.11

Sans préjudice des mesures imposées par l'autorité fédérale en application de l'accord de coopération du 14 juillet 2021, la présente sous-section entre en vigueur le jour de son adoption.

L'utilisation potentielle du COVID Safe Ticket en application de la présente sous-section prend fin d'office si une situation d'urgence épidémique est déclarée conformément à l'article 3, § 1^{er}, de la loi du 14 août 2021 relative aux mesures de police administrative lors d'une situation d'urgence épidémique.

En tout état de cause, l'utilisation potentielle du COVID Safe Ticket en application de cette sous-section prend fin le 1^{er} juillet 2022. »

Art. 14. Le présent décret entre en vigueur le jour de son adoption.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 29 octobre 2021.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG,

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—
Note

Session 2021-2022

Documents parlementaires :	168 (2021-2022) n° 1	Projet de décret
	168 (2021-2022) n° 2	Propositions d'amendement
	168 (2021-2022) n° 3	Rapport
	168 (2021-2022) n° 4	Propositions d'amendement au texte adopté par la commission
	168 (2021-2022) n° 5	Texte adopté en séance plénière
Compte rendu intégral :	29 octobre 2021 – N° 33	Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[C – 2021/33746]

29 OKTOBER 2021. — Decreet tot wijziging van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

Artikel 1. In artikel 10.4.1 van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "en onverminderd de federale maatregelen" ingevoegd tussen de woorden "bevoegdheden van de arts-gezondheidsinspecteur" en de woorden "kan de Regering initiatieven";

2° in het tweede lid worden de woorden "of, op zijn verzoek," vervangen door het woord "en".

Art. 2. Artikel 10.6, 2°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 20 februari 2017 en gewijzigd bij de decreten van 20 juli 2020, 10 december 2020 en 26 april 2021, wordt vervangen als volgt:

"2° alle personen die geen gevolg geven aan de maatregelen bedoeld in de artikelen 10.3 en 10.6.1, die geen gevolg geven aan de maatregelen en initiatieven die op grond van de artikelen 10.4.1 en 10.6.3 worden genomen of die de uitvoering van zulke maatregelen verhinderen of belemmeren;"

Art. 3. In hoofdstuk IIter, afdeling 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, wordt een onderafdeling 1 ingevoegd, die de artikelen 10.6.1 en 10.6.2 omvat, luidende:

"Onderafdeling 1 – Algemene maatregelen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) tegen te gaan"

Art. 4. In hoofdstuk IIter, afdeling 2, onderafdeling 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, wordt een artikel 10.6.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 10.6.3

§ 1 – Onverminderd de maatregelen die de federale overheid heeft genomen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) tegen te gaan en onverminderd de maatregelen die de arts-gezondheidsinspecteur op grond van artikel 10.3 kan opleggen en onverminderd de in artikel 10.4 vermelde bevoegdheden van de arts-gezondheidsinspecteur kan de Regering de noodzakelijke maatregelen van individuele en algemene aard nemen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) tegen te gaan en de daarvoor noodzakelijke voorwaarden en nadere regels vastleggen. Ze kan in het bijzonder:

1° de toegang tot de door haar bepaalde plaatsen of openbare plaatsen verbieden of alleen onder de door haar vastgestelde voorwaarden toestaan;

2° uitstapbeperkingen in de openbare ruimte of contactbeperkingen in de privésfeer en in de openbare ruimte opleggen;

3° een vereiste afstand in de openbare ruimte opleggen;

4° het dragen van een mond-neusbedekking opleggen;

5° de exploitatie van culturele, vrijetijds- en amusementsvoorzieningen beperken of verbieden;

6° evenementen in de vrijetijdsector en in de culturele sector beperken of verbieden;

7° de uitoefening van sportactiviteiten zowel in openbare als in particuliere sportinfrastructuur beperken of verbieden;

8° collectiviteiten in de zin van artikel 10.7, 5°, sluiten of hun voorwaarden voor de voortzetting van hun activiteiten opleggen;

9° bedrijven, instellingen of voorzieningen die openstaan voor het publiek verplichten om hygiëneconcepten op te stellen en toe te passen;

10° de oprichting en het gebruik van isolatieafdelingen opleggen aan residentiële voorzieningen en instellingen;

11° de exploitatie van toeristische verblijven beperken of verbieden;

12° de activiteiten van individuele of door de Regering bepaalde bedrijven en instellingen onder bepaalde voorwaarden toestaan, beperken of verbieden;

13° voorwaarden voor het organiseren van evenementen opleggen of evenementen verbieden;

14° religieuze bijeenkomsten beperken of verbieden.

De maatregelen vermeld in het eerste lid kunnen alleen genomen worden als de Regering aan de hand van de volgende indicatoren vaststelt dat in het volledige Duitse taalgebied of in één of meer gemeenten een zorgwekkende epidemiologische situatie heerst. Indien dit niet in dit decreet wordt geformuleerd, moet elk uitvoeringsbesluit in kwestie een drempelwaarde voor elke indicator bepalen. De maatregelen worden pas van kracht wanneer die indicator wordt overschreden en moeten weer worden opgeheven zodra de waarden onder de drempel komen te liggen:

1° de incidentiegraad aan nieuwe besmettingen met het coronavirus (COVID-19) per 100.000 inwoners over een periode van zeven dagen en veertien dagen, waarbij die incidentiegraad minstens de drempel van 35 nieuwe besmettingen per 100.000 inwoners binnen zeven dagen moet hebben overschreden;

2° de positiviteitsratio;

3° de besmettelijkheid van de circulerende varianten, rekening houdend met hun relatieve belang en waarschijnlijke evolutie;

4° de vaccinatiegraad, in het bijzonder bij risicogroepen zoals gedefinieerd door de Hoge Gezondheidsraad;

5° de bezettingsgraad van ziekenhuisbedden door patiënten die behandeld worden wegens besmetting met het coronavirus (COVID-19) en de snelheid waarmee die bedden bezet worden. De situatie wordt preciezer bepaald aan de hand van de volgende subindicatoren: de bezetting van de ziekenhuisbedden en bedden op de afdelingen intensieve zorg.

De maatregelen vermeld in het eerste lid kunnen voor het hele Duitse taalgebied of voor afzonderlijke gemeenten van het Duitse taalgebied worden genomen, naargelang van het resultaat van de vaststelling op grond van het tweede lid.

De op grond van het eerste lid uitgevaardigde besluiten:

1° zijn beperkt tot de duur die noodzakelijk is om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) tegen te gaan. Daartoe bepaalt de Regering voor elke maatregel, afhankelijk van de besmettingssituatie, wanneer de maatregel buiten werking treedt;

2° omvatten niet het opleggen van een verplichte medische behandeling;

3° worden onmiddellijk na de aanneming ervan overgezonden aan de voorzitter van het Parlement.

§ 2 – De arts-gezondheidsinspecteur en de bevoegde burgemeester worden belast met de controle van de naleving van de maatregelen die krachtens § 1 worden genomen en beschikken daartoe over de bevoegdheden vermeld in artikel 10.4, § 1.”

Art. 5. In hoofdstuk IIter, afdeling 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 april 2021, wordt een onderafdeling 2 ingevoegd, die de artikelen 10.6.4 tot 10.6.11 omvat, luidende:

”Onderafdeling 2 – Gebruik van het COVID Safe Ticket in het Duitse taalgebied”

Art. 6. In hoofdstuk IIter, afdeling 2, onderafdeling 2, van hetzelfde decreet wordt een artikel 10.6.4 ingevoegd, luidende:

”Art. 10.6.4

Voor de toepassing van deze onderafdeling wordt verstaan onder:

1° samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021: het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie betreffende de verwerking van gegevens met betrekking tot het digitaal EU-COVID-certificaat, het COVID Safe Ticket, het PLF en de verwerking van persoonsgegevens van in het buitenland wonende of verblijvende werknemers en zelfstandigen die activiteiten uitvoeren in België;

2° massa-evenementen: evenementen van een zekere omvang die binnen worden georganiseerd voor een publiek van minimaal 50 personen of buiten voor een publiek van minimaal 200 personen, medewerkers en organisatoren niet meegeteld, met naleving van de voorwaarden van het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021. Het aantal personen wordt bepaald op basis van het aantal genodigden dat aanwezig is op basis van persoonlijke uitnodigingen of, bij ontstentenis daarvan, op basis van de capaciteit van de locatie in kwestie of het aantal personen dat daadwerkelijk aanwezig is. Een door de bevoegde autoriteiten toegelaten betoging wordt niet als een massa-evenement beschouwd;

3° proef- en pilootprojecten: activiteiten met een bepaalde risicograad die binnen worden georganiseerd voor een publiek van minimum 50 personen of buiten voor een publiek van minimum 200 personen, medewerkers en organisatoren niet meegeteld, waarbij wordt afgeweken van de maatregelen van bestuurlijke politie om de verspreiding van het coronavirus COVID-19 te beperken, die bijdraagt tot de toepassing van modaliteiten en protocollen en die een door hogescholen, universiteiten of wetenschappelijke instellingen begeleide onderzoeksgerichte proef vormen om bijkomende kennis te verwerven over veiligheidsmodaliteiten en besmettingsrisico's bij een gelijkaardige activiteit en waarbij de toegang zal worden gecontroleerd op basis van een COVID Safe Ticket of bijkomende maatregelen. Het aantal personen wordt bepaald ten opzichte van de capaciteit van de locatie in kwestie of het aantal personen dat daadwerkelijk uitgenodigd of aanwezig is;

4° voorzieningen van horeca-activiteiten: alle voor het publiek toegankelijke plaatsen of lokalen, ongeacht de toegangsvoorwaarden, waar de belangrijkste en permanente activiteit bestaat uit het voorbereiden en/of aanbieden van maaltijden en/of dranken voor consumptie ter plaatse, in het bijzonder eet- en drinkgelegenheden, met uitzondering van sociale restaurants en voedselhulpdiensten, alsook voorzieningen waar het bedieningspersoneel beperkt is tot één persoon;

5° bezoekers: bezoekers ouder dan twaalf jaar van voorzieningen voor residentiële opvang van kwetsbare personen en bezoekers ouder dan zestien jaar van evenementen of voorzieningen. Worden niet als bezoekers beschouwd: de organisator, de uitbater, de directieleden, personeel, zelfstandige of vrijwillige medewerkers of personen die (i) zich aanbieden om zorg te krijgen, (ii) deel nemen aan of in de zorgverlening en vanuit die optiek bekend kunnen zijn bij de directie of organisatie van deze voorzieningen of (iii) omwille van een noodzakelijkheid vanuit dienstverlening of zorg toegang tot de voorziening moeten verkrijgen en voor zover deze personen bij de voorziening gekend zijn, alsook (iv) verwanten die voorzieningen voor kwetsbare personen betreden om daar op basis van de beoordeling van de coördinerende, verwijzende of behandelende arts stervenden, palliatieve patiënten of personen met een 'sliding syndrome' te bezoeken, en die bij de voorziening bekend zijn;

6° begeleider: de persoon die een kwetsbare of zieke persoon begeleidt in een voorziening voor residentiële opvang van kwetsbare personen voor de duur van de verzorging;

7° organisator: de organisator van een evenement of de uitbater van een voorziening;

8° schoolgroep: een groep bezoekers die naar dezelfde school gaan en de personen die hen begeleiden die samen een evenement of voorziening bezoeken in het kader van een activiteit die door de school wordt georganiseerd in het kader van de activiteiten in verband met het onderwijs;

9° deelnemer: elke persoon ouder dan twaalf jaar die niet behoort tot een van de categorieën bedoeld in 5° tot 8° en die deelneemt aan een evenement of aanwezig is in een voorziening;

10° Risk Assessment Group: het orgaan bedoeld in artikel 7, § 1, van het protocol van 5 november 2018 gesloten tussen de federale overheid en de overheden bedoeld in artikelen 128, 130 en 135 van de Grondwet tot vaststelling van de generische structuren voor het sectoraal gezondheidsbeheer van crisissen voor de volksgezondheid en hun werkwijze voor de toepassing van het Internationaal Gezondheidsreglement (2005), en Besluit nr. 1082/2013/EU over ernstige grensoverschrijdende bedreigingen van de gezondheid.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid gelden voor de toepassing van deze onderafdeling de definities van het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021.”

Art. 7. In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 10.6.5 ingevoegd, luidende:

"Art. 10.6.5

§ 1 – Deze onderafdeling bepaalt de wettelijke basis voor de verwerking van persoonsgegevens die nodig zijn voor het genereren van het COVID Safe Ticket op basis van het digitaal EU-COVID-certificaat.

Zij bepaalt de voorwaarden voor een uitbreiding van het materiële, territoriale en temporele toepassingsgebied van het COVID Safe Ticket in het Duitse taalgebied.

§ 2 – Het gebruik van het COVID Safe Ticket in het Duitse taalgebied heeft tot doel de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) onder de bevolking te beperken om een overbelasting van het gezondheidssysteem en tegelijkertijd verdere sluitingen van bepaalde sectoren te voorkomen.

§ 3 – Het gebruik van het COVID Safe Ticket kan enkel worden toegestaan aan houders van een digitaal EU-COVID-certificaat van twaalf jaar en ouder, overeenkomstig de bepalingen van deze onderafdeling en het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021, teneinde de toegang tot de betrokken evenementen en voorzieningen te regelen, rekening houdend met de passende organisatorische maatregelen en hygiënemaatregelen bij deze evenementen en voorzieningen.

Het gebruik van het COVID Safe Ticket mag niet worden gebruikt om de toegang tot het evenement of de voorziening in kwestie te ontzeggen aan personen jonger dan twaalf jaar of, naargelang van het geval, jonger dan zestien jaar.

§ 4 – Het wettelijk kader opgenomen in het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021 is van toepassing op het gebruik van het COVID Safe Ticket."

Art. 8. In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 10.6.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 10.6.6

§ 1 – Met toepassing van de artikelen 13*bis* en 13*ter* van het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021 kan de Regering het gebruik van het COVID Safe Ticket opleggen of toelaten voor de hierna vermelde voorzieningen, evenementen en projecten in het Duitse taalgebied:

- 1° massa-evenementen;
- 2° proef- en pilootprojecten;
- 3° voorzieningen voor horeca-activiteiten;
- 4° discotheken en dansings;
- 5° sport- en fitnesscentra;
- 6° handelsbeurzen en congressen;
- 7° voorzieningen die behoren tot de cultuursector, feestsector en recreatiesector;
- 8° voorzieningen voor residentiële opvang van kwetsbare personen.

Als het gebruik van het COVID Safe Ticket wordt opgelegd, heeft dit tot gevolg dat de organisator de bezoeker alleen toegang tot het evenement of tot de voorziening mag verlenen als hij het COVID Safe Ticket van de bezoeker heeft gecontroleerd overeenkomstig de artikelen 12, 13 en 14, § 3, van het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021.

Als het gebruik van het COVID Safe Ticket wordt toegelaten, heeft dit tot gevolg dat de organisator ertoe gemachtigd is om de bezoeker alleen toegang tot het evenement of tot de voorziening te verlenen als hij het COVID Safe Ticket van de bezoeker heeft gecontroleerd overeenkomstig de artikelen 12, 13 en 14, § 3, van het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021.

In afwijking van het tweede en het derde lid is de toegang van leden van een schoolgroep tot evenementen en voorzieningen in het kader van schoolactiviteiten niet onderworpen aan het gebruik van een COVID Safe Ticket, op voorwaarde dat de beschermingsregels die van toepassing zijn in de schoolcontext tijdens deze activiteit worden toegepast en dat de leden van de schoolgroep een mondkapje of een ander alternatief van stof dragen.

Evenzo is de toegang tot een evenement of voorziening om te voldoen aan een wettelijke of reglementaire verplichting niet onderworpen aan het gebruik van een COVID Safe Ticket, op voorwaarde dat de betrokken personen een masker of een ander alternatief van stof dragen en dat individuele beschermende maatregelen worden genomen.

De organisator ziet erop toe dat maatregelen worden genomen om de risico's in verband met de aanwezigheid van een dergelijke groep mensen in het evenement of de voorziening te beperken.

§ 2 – De organisator is ertoe verplicht de bezoekers vooraf in te lichten over het gebruik van het COVID Safe Ticket.

§ 3 – De Regering verbindt zich ertoe:

1° op de website <https://ostbelgiencorona.be> een FAQ op te zetten en deze regelmatig bij te werken met steeds terugkerende vragen en informatie, alsook met actuele beslissingen;

2° de corona-hotline de nodige financiële, informatieve, communicatieve en personele middelen ter beschikking te stellen om ook op vragen en informatie over het gebruik van het CST adequaat te kunnen reageren."

Art. 9. In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 10.6.7 ingevoegd, luidende:

"Art. 10.6.7

De Regering kan het gebruik van het COVID Safe Ticket alleen toelaten of opleggen als:

1° ze overeenkomstig artikel 10.6.3, § 1, tweede lid, heeft vastgesteld dat de epidemiologische situatie zorgwekkend is; en

2° de epidemiologische situatie in het Duitse taalgebied door de Risk Assessment Group binnen vijf werkdagen werd beoordeeld.

De Regering bepaalt de toepassingsduur van het gebruik van het COVID Safe Ticket, welke niet langer mag zijn dan drie maanden. Elke maatregel die voor langer dan een maand wordt aangenomen, wordt maandelijks door de Regering geëvalueerd op basis van de voorwaarden vermeld in het eerste lid en wordt aan het Parlement meegedeeld. Zodra de voorwaarden vermeld in het eerste lid niet meer vervuld zijn, worden de op grond daarvan genomen maatregelen opgeheven."

Art. 10. In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 10.6.8 ingevoegd, luidende:

”Art. 10.6.8

De besluiten die op grond van artikel 10.6.6 worden genomen en de desbetreffende inschattingen van de Risk Assessment Group worden onmiddellijk na de aanneming ervan overgezonden aan de voorzitter van het Parlement.”

Art. 11. In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 10.6.9 ingevoegd, luidende:

”Art. 10.6.9

§ 1 – De arts-gezondheidsinspecteur en de bevoegde burgemeester worden belast met de controle van de naleving van de maatregelen die krachtens de artikelen 10.6.6 en 10.6.7 worden genomen en beschikken daartoe over de bevoegdheden vermeld in artikel 10.4, § 1.

§ 2 – Onverminderd de maatregelen opgelegd door de burgemeester met toepassing van de Nieuwe Gemeentewet van 24 juni 1988 en de door het Strafwetboek of specifieke wetten opgelegde straffen, wordt de bezoeker of deelnemer die de bepalingen van de artikelen 10.6.6 en 10.6.7 of de uitvoeringsbepalingen ervan overtreedt, gestraft met een geldboete van 25 tot 200 euro.

Onverminderd de maatregelen opgelegd door de burgemeester met toepassing van de Nieuwe Gemeentewet van 24 juni 1988 en de door het Strafwetboek of specifieke wetten opgelegde straffen, wordt de organisator die de bepalingen van de artikelen 10.6.6 en 10.6.7 of de uitvoeringsbepalingen ervan overtreedt, gestraft met een geldboete van 50 tot 2.500 euro.”

Art. 12. In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 10.6.10 ingevoegd, luidende:

”Art. 10.6.10

Onverminderd de modaliteiten bepaald in artikel 13*bis*, §§ 4 en 5, van het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021 is de burgemeester die overweegt om dergelijke maatregelen in te voeren ertoe verplicht de goedkeuring van de Regering te vragen alvorens lokale maatregelen uit te vaardigen met toepassing van de artikelen 13*bis*, § 3, en 13*ter*, § 3, van het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021.”

Art. 13. In dezelfde onderafdeling wordt een artikel 10.6.11 ingevoegd, luidende:

”Art. 10.6.11

Zonder afbreuk te doen aan de maatregelen die de federale overheid met toepassing van het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2021 heeft opgelegd, treedt deze onderafdeling in werking de dag waarop ze wordt aangenomen.

Het gebruik van het COVID Safe Ticket met toepassing van deze onderafdeling wordt van rechtswege beëindigd indien een epidemische noodsituatie wordt afgekondigd overeenkomstig artikel 3, § 1, van de wet van 14 augustus 2021 betreffende de maatregelen van bestuurlijke politie tijdens een epidemische noodsituatie.

In elk geval wordt het gebruik van het COVID Safe Ticket met toepassing van deze onderafdeling beëindigd op 1 juli 2022.”

Art. 14. Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 29 oktober 2021.

O. PAASCH,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2021-2022

Parlementaire stukken:	168 (2021-2022) Nr. 1	Ontwerp van decreet
	168 (2021-2022) Nr. 2	Voorstellen tot wijziging
	168 (2021-2022) Nr. 3	Verslag
	168 (2021-2022) Nr. 4	Voorstellen tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst
	168 (2021-2022) Nr. 5	Tekst aangenomen door de plenaire vergadering
Integraal verslag:	29 oktober 2021 – Nr. 33	Bespreking en aanneming